

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler



56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postgebühren. Für Postbezug. Erscheint am Dienstag, Wochenausgabe und Sonntagsausgabe. — Jahrgang 150 Nummern.

Leipzig, den 26. September 1918

Anzeigenpreis: Berlin-, Vorbildungs-, Arbeitsmarkt- und Tobenanzeigen 20 Pf., die fünfzeilige Zeile; Kunst-, Verkehrs- und alle sonstigen Reklamanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 112

**Rechtzeitige Bezugserneuerung des „Korr.“**  
zum Quartalswechsel in Vorauszahlung für ungeführte Zustellung. Der Preis bleibt unverändert 65 Pfennig für das Vierteljahr.

**Aus dem Inhalte dieser Nummer:**  
Bekanntmachung des Verbandsvorstandes über Aufnahme einer neuen Kriegsstatistik.  
Artikel: Konferenz der Verbandsvorstände.  
Papiernot und Papierverfeuerung: XXXVI. Die Weiterergewährung der Reichsbeihilfe. — XXXVII. Ausichten für die nächste Zeit.  
Das Buchgewerbe im Auslande: Österreich. — Ukraine. — Dänemark. — Norwegen.  
Korrespondenzen: Bielefeld. — Bremen. — Hamburg-Altona. — Krefeld. — Leipzig. — Regensburg. — Ulm. — Saarbrücken.  
Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Die Buchdrucker als Schwere- und Schwerarbeiter. — Nachahmungsrechte Beispiele. — Opfer des Kriegerangriffs in Stuttgart. — Feuerungszulagen der Kaiserlichen Hilfsarbeiter. — Zur Lohnbewegung der Berliner Graphen und Steindruckere. — Jubiläum der Reichlichen Industriebibliothek. — Verammlung von Militärformulardruckern. — Verfeuerung des Neumetalls. — Aufheben der „Eiler Kriegszeitung“. — Feuerungszulagenbewegung im Holzgewerbe. — Erhöhte Postgebühren.

**Bekanntmachung**  
Für die Erhebung der Statistik über den Mitgliederstand, die Arbeitsverhältnisse und die vom Beginne des Krieges an gewährten Unterstützungen im dritten Quartal 1918 gilt als Stichtag der  
**30. September 1918**

Die Vorstände erhielten Fragebogen, die wir bis 20. Oktober 1918 an den zuständigen Gauvorstand zurückzusenden ersuchen. Die Gauvorstände werden ersucht, das Ergebnis der Statistik in ihrem Gauvereine bis spätestens 1. November 1918 dem Unterzeichneten mitzuteilen.

Wir bitten dringend, die gestellten Fragen sorgfältig zu beantworten, da das Ergebnis der Statistik auch seitens der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands verwendet werden soll.  
Berlin. Der Verbandsvorstand.

**Papiernot und Papierverfeuerung**

**XXXVI. Die Weiterergewährung der Reichsbeihilfe.**  
In Sachen der Papierverfeuerung steht die Zeitungsverlegerchaft in ihrer Gesamtheit auf dem Standpunkte, daß die Reichsregierung für die abnorme Entwicklung des Zeitungspapierpreises, welche im direkten Zusammenhange mit der Papierrohstoffpolitik des Reiches und Staates steht, verantwortlich und infolgedessen auch verpflichtet ist, für Abhilfe zu sorgen. Nach Ansicht der Zeitungsverleger fragen die Militärverwaltungen im Osten ebenso wie die Forstverwaltungen der einzelnen Bundesstaaten die Schuld an der ungeheuren Steigerung der Holzpreise, die sich in der Steigerung der Papierpreise fortkörbe. Da nun Reich und Bundesstaaten ein Interesse daran haben, die Leistungsfähigkeit der Tagespresse zu erhalten, so kann nach der Schlussfolgerung der Zeitungsverleger von einer gewerbepolitischen Vorzugsbehandlung bei der sogenannten Abbildungsfrage nicht die Rede sein.

Die Zeitungsverleger verlangen nun nach wie vor, daß das Reich für die Regulierung der Frage eintritt, und daß die Abbildung der Überpreise in einer Rückvergütung an die Papierfabrikanten erfolgt, vorausgesetzt, daß das Papier nicht schon zu einem entsprechend niedrigeren Preise an die Fabriken geliefert werden kann.

Zwischen der Einberulung und dem Zusammentreten der Allgemeinen Zeitungsverlegerversammlung hatte das Reichswirtschaftsamt in einer Zuschrift an den Verein Deutscher Zeitungsverleger zu erkennen gegeben, daß „die bis zum 30. Juni 1918 in Aussicht gestellten Zuschüsse, soweit das Reich ihre Zahlung übernommen hat, vom 1. Juli d. J. an bis auf weiteres weitergezahlt werden“ sollen. In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ war zu lesen, wie wir in Nr. 109 des „Korr.“ bereits kurz erwähnten, daß die Reichszuschüsse an die Presse im gleichen Umfang und nach dem gleichen System wie bisher weitergezahlt werden sollen. Die Erläuterung zu dem schriftlichen Bescheide des Reichswirtschaftsamts, welche von den Zeitungsverlegern mit Spannung erwartet und von dem Regierungsreferenten Ministerialdirektor Müller in der angeführten Verammlung in der Angelegenheit abgegeben wurde, belag nun, daß die Reichsregierung auf dem Standpunkte steht, „daß von einem gewissen Zeitpunkt ab mit den Zuschüssen abgebaut werden muß, und daß mit Sicherheit eine Weiterleistung nur bis zum 31. Dezember d. J. zu erwarten ist“. Betreffs der Stellung der Bundesstaaten konnte der Ministerialdirektor nur mitteilen, daß eine Entscheidung in aller nächster Zeit bevorsteht. Diese Erklärungen des Vertreters der Reichsregierung haben naturgemäß im Lager der Zeitungsverleger eine Befriedigung nicht auszulösen vermocht, und dürfte daher auf Beflegung der Differenzen zwischen Reichsregierung und Zeitungsverlegern in absehbarer Zeit nicht zu rechnen sein. rk.

**XXXVII. Ausichten für die nächste Zeit.**

Die sächlichen Zeitungsverleger waren am 23. September in Leipzig zusammengekommen, um über die Papierfrage von dem Direktor der Reichswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe, Herrn Reih, näheres zu hören. Etwas Besonderes konnte er den über hundert Erklärenen nicht mehr sagen; bemerkenswert war es aber noch genug. Direktor Reih ließ keinen Zweifel darüber, daß die Verorgung der Zeitungsverleger mit Papier für Tageszeitungen wohl gesichert sein wird trotz der vielen Hindernisse in der Fabrikation durch beschränkte Kohlenlieferung, Arbeitermangel usw., daß aber eine Überschreitung des Verbrauchsrechts durch Gewährung von Ausnahmewilligungen ganz ausgeschlossen sei. Es müsse nach zweieinhalbjährigem Bestehen der öffentlichen Papierbewirtschaftung nun eine gewisse Stabilität im Verbrauch eingetreten sein und jeder mit den vom 1. Oktober an bewilligten Mengen sich abfinden; selbst auf die Gefahr hin, hinzugekommene Abonnenten nicht befriedigen zu können. Die Reichswirtschaftsstelle verkenne durchaus nicht die vorhandenen Schwierigkeiten, könne aber nicht mehr liefern, als tatsächlich unter den jetzigen Verhältnissen fabriziert werden kann. Auch mit einer Erhöhung des Papierpreises müsse gerechnet werden, doch seien Unterhandlungen im Gange, die die Spannung hoffentlich etwas ermäßigen werde. Der Zuschuß des Reiches werde bis zum 31. Dezember 1918 in gleicher Höhe (5,33 Mk. für 100 kg) gewährt werden.

In der Ansprache kamen alle die Beschwerden zum Ausdruck, die sich aus dem Verkehre mit der Reichswirtschaftsstelle und aus der vermeintlich ungleichen Belieferung der Verbraucher herausgestellt haben. Man hörte auch, daß für den Werkdruck sich die Papierlage noch verschlechtern werde. Herr Wolf („Dresdner Nachrichten“) faßte das alles zusammen. Namentlich wurde die Papierverfeuerung bei Herausgabe mancher unnötiger Bücher, die Massenherstellung von Postkarten durch das Reich (100 Millionen Karten z. B. mit statistischen Angaben der deutschen Sozialgeschichte, Volkswirtschaft usw.) ge-

wehelt; ferner die ungeheure Ansammlung von Remittenden auf Bahnhöfen und im Felde, die Verwendung von Sella-lose zur Faserpinnstoffen und im besondern die Belieferung von Papier mit einem höheren Quadratmetergewicht als 50 g (bis 40 Proz. mehr), wodurch die Bogenzahl stark beeinträchtigt wird. Diese und andre Bedenken noch sollen in einer Resolution als Ausdruck der sächlichen Zeitungsverleger der Reichswirtschaftsstelle unterbreitet werden. -p.

**Das Buchgewerbe im Auslande.**

**Österreich.** Trohden im Mai d. J. die Feuerungszulagenneuregulung für das ganze laufende Jahr erfolgte bzw. eine Abänderung der monatlichen Feuerungszulagen für die Monate Mai bis Dezember 1918 vorgenommen wurde, ist es unsern österreichischen Kollegen gelungen, in Anbetracht der außergewöhnlich gestiegenen Preise für alle Bedarfsartikel, speziell der Lebensmittelpreise, außer den ab Februar 1918 ausbezogenen wöchentlichen und den bisher gezahlten monatlichen Feuerungszulagen ab 16. September 1918 neue wöchentliche Feuerungszulagen zu erreichen. Diefelben betragen in Ortsklasse I, nach Lohnstufen geordnet, 4, 5, 6 Kr., in Ortsklasse II 5, 6, 7 Kr., in Ortsklasse III 6, 8, 10 Kr., in Ortsklasse IV 8, 10, 12 Kr. und in Ortsklasse V 9, 12, 15 Kr. Die Berechnung der Überstunden hat infolern eine Änderung erfahren, als von jetzt an die beiden wöchentlichen Feuerungszulagen in die Berechnung einbezogen werden, dagegen die im Dezember v. J. festgelegte Zuschlagsart in Fortfall kommt. Diese neue Berechnungsart bedeutet eine kleine Verbesserung gegen früher. Alle seit dem 19. August 1918 auf Grund der Brot- und Mehlsteuerung gewährten Zulagen sind in die neuen Feuerungszulagen einzurechnen. Die Vereinbarungen gelten bis 31. Dezember 1918. Auf die Besuche der Prinzipalitäten, den am 31. Dezember 1918 ablaufenden Tarif zu verlängern, ließen sich die Gehilfenvertreter nicht ein, so daß die Verhandlungsteilnehmer am Schlusse der Beratungen darüber einig wurden, daß die beiden Tarifkontrahenten sich Ende September zu neuerlichen Verhandlungen vereineln, um über die Abänderungsvorschläge zum Tarif zu beraten und zu beschließen.

Seit 17. August unterliegt Papier und Pappe jeder Art laut Ministerialverordnung der Beschlagnahme. Bei einer Suche in Lagerräumen und bei Spekturen in Wien nach verdeckten Papiervorräten wurde vom Kriegswucheramt eine Menge von 70000 kg sichergestellt.

Anlässlich der 25jährigen Gründungsfeier seiner Fabrik lieferte die Papierwarenfabrikant Wolf Reih in Wien ein Stipendium von 10000 Kr. für Schüler der Abteilung für Buch- und Steindruck an der k. k. Graphischen Lehr- und Versuchsanstalt. Die Zinsen gelangen bereits in diesem Schuljahre zur Verteilung.

Unter dem Titel „Wiener Mittag“ erscheint seit dem 19. August in Wien eine Zeitung, welche von einer neuen Zeitungsdruckerei- und Verlagsgesellschaft m. b. H. herausgegeben wird. Dieses neue Blatt bezeichnet sich als von einer kleinen Anzahl unabhängiger Männer herausgegeben und kündigt gleichzeitig die Gründung einer großen unabhängigen Tageszeitung an.

**Ukraine.** Inseer dortigen Kollegen sind gegenwärtig in außerordentlich schwere Kämpfe verwickelt. Seit dem Eintritte der Konterrevolution weigern sich die Prinzipale, die Tarifverträge einzuhalten. Sie bewilligen in Anbetracht der furchtbaren Steuerung zum Teil Lohn-erhöhungen, verweigern jedoch die Anerkennung des Tarifs. Aber 30 Städte haben bereits Rohbewegungen hinter sich. Die poltisch und gewerkschaftlich tätigen Kollegen werden in die Gefängnisse geworfen. Es wird erwartet, daß Zugus aus Deutschland und Österreich fernbleibt. In Anbetracht der verworrenen Zustände glauben wir annehmen zu können, daß sich kein deutscher Kollege nach dem Lande beibt, wo Milch und Honig nur so fließen sollte; abgesehen davon, daß sich selten jemand findet, welcher der russisch-ukrainischen Sprache mächtig ist.

**Dänemark.** Vor einiger Zeit wandten sich, wie schon erwähnt, die Kollegen in Kopenhagen an den dortigen Prinzipalverein und beantragten Erhöhung der Feuerungszulage sowie Erhöhung der Überstundenentschädigung. Die Prinzipale zeigten sich entgegenkommend. Nach einigen vorbereitenden Versammlungen

Nellen die Prinzipale die Forderung, daß die jetzigen Steuerungsverhandlungen nicht allein die Buchdrucker in Kopenhagen und in der Provinz umfassen sollten, sondern auch noch die Lithographen und Chemigraphen in Kopenhagen. Dilem Aninnen wurde stattgegeben. Es wurde ein Unterausschuß gewählt und nach vierstägigen Verhandlungen, beginnend am 27. August, die teilweise sehr schwierig waren, glückte es, eine Einigung zu erzielen. Die Steuerungsulage beträgt in Kopenhagen 19 Kr. 50 Ore in der Woche; hierpon werden 14 Kr. direkt ausgezahlt, während 5 Kr. 50 Ore an den Steuerungsfonds eingezahlt werden, aus dem anteilweise verteilt wird. Ein verheirateter Gehilfe, der im Jahre 1914 einen Lohn von 32 Kr. erhielt, bekommt außer der jährlichen Steigerung von 1 Kr. in 1917 eine wöchentliche Zulage von 14 Kr. = 47 Kr. und aus dem Steuerungsfonds monatlich eine „Portion“ für sich selber, eine für seine Frau und eine für jedes Kind. Für Arbeiterinnen wird eine Steuerungsulage von 40 Ore pro Stunde gezahlt; für weibliche Buchdruckerarbeiter eine solche von 30 Ore. Die Gehilfen in der Provinz erhalten eine weitere Zulage von 7 Kr. 50 Ore wöchentlich. Die Arbeiterzulage beträgt 35 Ore. Weibliche Hilfsarbeiter erhalten 5 Kr. wöchentlich sowie 15 Ore Arbeiterundenzuschlag. Ein verheirateter Provinzholtege erhält, wenn sein Lohn 1914 wöchentlich 29 Kr. 75 Ore betrug, außer der tarifmäßigen Steigerung im Jahre 1915 und in 1917 von 4 Kr. eine wöchentliche Zulage von 10 Kr. 50 Ore = 44 Kr. 25 Ore sowie eine Zulage im Quartal von 60 Kr. Weibliche Hilfsarbeiterinnen in den Steindruckereien in Kopenhagen erhalten eine Steuerungsulage von 60 Kr. pro Monat sowie für jedes Kind unter 15 Jahren 10 Kr. Der Arbeiterundenzuschlag beträgt 30 Ore pro Stunde. Die früheren Steuerungsulagen fallen weg. An dem neuen Abkommen sind neun Organisationen beteiligt.

**Norwegen.** In Kristiania ist zur Zeit eine Kommission von normandischen Kollegen aus allen Teilen des Landes am Werk, um Richtlinien für den neuen Tarif festzulegen, der am 1. April 1919 in Kraft treten soll.

Im letzten Jahr macht sich das Bestreben geltend, als Arbeiterundenzuschlag 50 Proz. auf den vollen Lohn (mit Steuerungsulage) zu erlangen, teilweise mit Erfolg. Bisher wurden 50 Proz. auf den Grundlohn + 15 resp. 25 Ore (Gehilfen) pro Stunde bezahlt. Da aber jetzt die Steuerungsulage 20 Kr. beträgt, so wäre das eine Benachteiligung der Arbeiter.

## Konferenz der Verbandsvorstände

Die Wichtigkeit der in verhältnismäßig kurzen Zeitabständen stattfindenden Beratungen der Vorstehenden der freien Gewerkschaften mit der Generalkommission haben wir schon mehrfach betont. Während der Kriegszeit, die den Gewerkschaften so unendlich viele Aufgaben gebracht und sie vor außerordentliche Schwierigkeiten gestellt hat, haben diese durch die obwaltenden Verhältnisse häufiger bedingten Konferenzen eine Bedeutung gewonnen, die erst nach Beendigung dieser alles erschütternden Geschehnisse voll gewürdigt werden kann. Seht, inmitten des durch aufwühlenden Meinungskreislauf gar noch härter brandenden Tagesgewoges, haben die Zeit- und Leidensgenossen nicht immer die richtige Augenstärke und objektive Urteilsvermögen genug, um alles stets gut und wohlgeant zu finden. Wir zweifeln jedoch keinen Augenblick daran, daß ein Gewerkschaftskongress, hätte er in den Kriegsjahren abgehalten werden können, der Arbeit des Gewerkschaftsgeneralrats — als was dieses Zusammenwirken von Generalkommission und Verbandsvorständen gelten kann — seine Befriedigung ausgesprochen haben würde. Die Generalkommission unternimmt keinen Schritt von prinzipieller Wichtigkeit, ohne ihn auf einer solchen Konferenz im großen Rat erwohnen zu haben. Der „Schauzenradikalismus“ hat aus dem überradikalen politischen Lager heraus manchen Vorstoß in die gewerkschaftliche Front unternommen und ist hier und da, im Kriegsjahren, zu sprechen, etwas eingedrückt, aber der diesermachen geführte Kampf gegen die „Generalkommissionspolitik“ ontbehrte nicht nur der inneren Notwendigkeit, sondern er wird auch unter kalter Flagge geführt. Die Generalkommission macht auf sich nicht die Gewerkschaftspolitik, sie handelt, wie schon bemerkt, bei allen wichtigen Angelegenheiten im Einverständnis mit den Organisationsvorständen, die ihrerseits ja keine absolute Selbständigkeit besitzen. Die Verbandsgeneralversammlungen reden bekanntlich auch mit. Es ist unabweislich, daß sich in solchen drückenden Zeitaltern abweichende Meinungen einstellen über die Wichtigkeit in diesem oder jenem Fall. Auf den Vorstandskonferenzen selbst zeigt sich nicht immer volle Einstimmigkeit. Es kann unter solchen Umständen ja nicht jede Wirkung bis zum letzten vorausgesagt werden; so manchmal hat es bei der nach menschlichem Wissen und Können als gut befundenen Abtönung des Beschlusses. Die Beschlüsse kann aber nicht hinweggedrückt werden, daß der Gewerkschaftsgeneralrat der ganzen Bewegung zu einer Bedeutung verholfen hat, die schließlich wieder abgebaut werden kann, wenn die Kriegslage ausgerastet hat.

Dem von der Generalkommission erstatteten Bericht entnehmen wir in Kürze: Von den verbündeten Regierungen sei die Zulage betreffs Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung gehalten worden. Der von ihnen vorgeschlagene Entwurf eines Arbeitskammergesetzes antwortet aber nicht den Anforderungen der Arbeiterzeit. (Minke Leser sind durch den Instruktionen Artikel unres Mitarbeiter My. [Nr. 04] darüber eingehend unterrichtet.) Die zur Beilegung von Streitigkeiten geschaffenen Einrichtungen

des Hilfsdienstes funktionieren jetzt besser; die Beschwerden aus Gewerkschaftskreisen seien geringer geworden. Die Santhabung des Vereins- und Veranlagungsrechts gäbe dagegen durch die Verordnungen einzelner Generalkommandos immer wieder zu Beschwerden Anlaß. Im V. Armeekorps (Breslau) wäre trotz der Vorstellungen beim Reichskanzler, Kriegsminister und Kriegssamt in dieser Beziehung nichts geändert worden, die Arbeiter seien dadurch zu Arbeitsentlassungen aerset worden; die Bergarbeiterkreise in Oberschlesien landen in diesem Zusammenhang Erwähnung. In der Ernährungsfrage sei die Generalkommission bei den amtlichen Stellen für Erhöhung der Rationen und gegen jede Preisverhöhung eingetreten. Eine gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung werde von der Regierung immer noch hinausgeschoben; mit den für die Übergangswirtschaft ins Leben gerulenen Zentralarbeitsstellen soll es Genüge sein. Der Verband deutscher Arbeitsnachweise möchte seine Bezirksverbände mit diesen Funktionen betraut wissen, dem jedoch von den Gewerkschaften wie von den Unternehmerverbänden widersprochen wurde. Die Beschäftigung ausländischer Arbeiter, die Beziehungen zu den ausländischen Gewerkschaften, die Differenzen in Leipzig und Braunschweig (verursacht Kartellpolitik usw.), die Beitragsfestsetzung zur Gesellschaft für Soziale Reform und die gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrage bilden noch nennenswerte Punkte in dem Bericht. Der Reichstagsbeschuß vom 21. März 1918, daß in die Friedensverträge eine Reihe von sozialpolitischen Forderungen aufgenommen werden solle, habe noch keinerlei Folgeerscheinungen gezeigt. Die Generalkommission will deshalb im Einvernehmen mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund diese Bestrebungen neu beleben. Anschließend an den Bericht gab der Vorstehende Regien eine gegen den Kriegswilligen und überimperialistischen amerikanischen Gewerkschaftsführer Compers gerichtete Erklärung ab, die gegen die Stimme des neuen Kürschnervorstehenden gesegeben wurde. Es war also wieder ein Bild reger Tätigkeit der Generalkommission, das sich in dem erstatteten Bericht darbot.

In der Diskussion wurde in Sachen des Arbeitskammergesetzes beschloffen, eine gemeinsame Konferenz aller Gewerkschaftsgruppen und Angestelltenverbände zu veranstalten. In den Ernährungsverhältnissen lagen drei Anträge vor. Der Vorstehende des Dachdeckerverbandes empfahl, eine Delegation an den Reichskanzler zu entsenden, um die verwickelte Lage und ererbte Stimmung der Arbeiterchaft mündlich zu schildern. Der Vorschlag wurde allgemein aufgegeben und seine sofortige Ausführung beschloffen. (Im Nr. 110 ist über den Ausgang in bezug auf die Ernährungsfrage schon berichtet worden.) Die Gewerkschaften von Nürnberg-Gürth verlangten die Zurückziehung der Gewerkschaftsvertreter aus den Körperchaften der Kriegsernährungsorganisations und weitere Protestaktionen. Der Bericht aus den Ernährungsberichten wurde zurückgewiesen, weil er arbeiterchaftsbündend wirkte. Daß damit auch nicht viel erreicht wird, ist ja zu augen, aber wir entinnen uns, daß schon ganz prominente Persönlichkeiten der Gewerkschaftsbewegung zu einem früheren Zeitpunkt diesen Gedanken aufwarfen, um durch einen solchen Protest nach außen die große Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen, wodurch dann ein Aufrufen der verantwortlichen Stellen erwartet wurde. Durch den Streik eine Änderung der Lage herbeizuführen, wie aus der Arbeiterchaft direkt heraus verlangt worden ist, wurde laut ebenso einmütig verworfen. Demnach hätte sich für den extremsten Schritt doch einige Zustimmung ergeben. Die zur Anerkenntlichkeit gewordene Lage auf dem Ernährungsgebiete hat tatsächlich in der Arbeiterchaft eine ganz bedenkliche Stimmung ausgelöst. Wenn der Gewerkschaftsgeneralrat sich gegen die Anwendung von Mitteln wendet, die letzten Endes zu einer Gefährdung der Einheitsaktion der Gewerkschaftsbewegung führen und unter den jetzigen Zwangsverhältnissen auch noch größere persönliche Opfer fordern würden, in der Sache selbst aber nicht mehr erreichen könnten, als auf anderem Wege doch noch erreichbar sein dürfte, so handelt er nur verantwortungsbewußt. Herilung, Waidow und Zubeber wie diejenigen Kreise, die als Erzeuger und Verbreiter haldoss dem Abgange durch ihren Preiswucher zuträhen, mögen daran jedoch erleben, daß sie auf einem Vulkan stehen. Ein möglicher Ausweg ist die auf der Konferenz von Leipzig bestrittene Verringerung der Arbeitszeit, und zwar partielle gesetzliche Maßnahmen zur Einführung einer höchstens achtkündigen Arbeitszeit getroffen werden. Damit ist gelangt, daß diese Art der Serabellung der Arbeitszeit anders ist, als sonst in dem Interessenwiderstreite zwischen Kapital und Arbeit diese Frage spielt es soll die Gesundheit des schaffenden Volkes vor noch weiterem Verfall bewahrt werden. Diese Angelegenheit verurteile eine ausgedehnte Ausprache und kam dann mit zur Behandlung bei dem Vorstellwerden im Reichskanzlerpalais. Wir haben schon im August v. J. auf diese sich einstellende Notwendigkeit hingewiesen und werden darauf noch besonders zu reden kommen. Es muß aber die Gewerkschaftsführung hierin mit aller Entschiedenheit vorgehen, denn würden den arbeitenden Massen noch größere Entlohnungen auferlegt — mehr keltlose Wochen! —, kann es nicht danach gehen, wie sich die Unternehmer dazu stellen. Tatsächlich zeigt sich jetzt aber schon größeres Verständnis für dieses Gebot der Stunde in Arbeiterkreisen.

Der Volksbund für Freiheit und Vaterland stand dann abnormals zur Debatte. Es wurde das richtige Verständnis für dessen Bestrebungen in der Arbeiterchaft vermisst, was auch auf die mehrfach kritisierte ungenügende Wirksamkeit dieses Bundes zurückgeführt wurde, der einer stärkeren Mitwirkung der Gewerkschaften bedürfte. Der „Korr.“ hat bei Gründung des Volksbundes sich von jedem Über-

schwange freigegeben. Die Selbsttäuschung der Gewerkschaften ist nicht richtig, noch weniger sind es die manchmal solchen buntschichtigen Vereinigungen mit rechtlichen Absichten geltendenden Vorclubvorbeeren, richtig allein ist, wenn Wille und Tat einigermachen zusammengehen. Als Gegenstück zu der großschichtigen Vaterlandspartei, deren Kisten nun aber doch recht saul stehen, hätte der Volksbund ganz anders ins Zeug gehen müssen als mit Crispallschriften. Die Konferenz lebte mit allen gegen drei Stimmen den von dem Schubarbeitervorstehenden verlangten Ausstift der Generalkommission ab.

Das Verlangen von Unternehmern an Eingezogene, deren Familien labrelang von ihnen unterstellt wurden, nach Kriegsbeendigung wieder in die alte Stellung zurückzukehren, könne zwar als Beschränkung der Freilichigkeit aufgefaßt werden, es sei jedoch faktvoll, solche Leistungen nicht ohne Gegenleistung anzunehmen. Einem andern, allgemeineren Bestreben des Arbeitgebetums, das auf die Aufhebung des Absatzes 2 von § 152 der Gewerbeordnung abzielt, wurde entgegengeleitet, daß hierzu keine Notwendigkeit vorliegt, so lange das Rechtsverhältnis der Organisationen und ihrer Mittelglieder nicht gesetzlich geregelt wäre.

Der unabsehbare Stand der Ausbildung von Arbeitsvermittlungsinstituten, Grenzfreilichkeiten zwischen den Fabriken und den Porzellanarbeitern, Steuerungsulagenregelung für die Angestellten der Generalkommission ab 1. Juli, anderweite Befestigung der Konferenz- und Reisekosten sowie die Vornahme von halbjährlichen Erhebungen über die Gestaltung der Steuerungsulagen können als weitere Beratungspunkte summarische Anführung finden.

Die Tagung vom 10. und 11. September in Berlin hat also wieder herrliche Beiträge geliefert zu dem hier nur in groben Strichen umzogenen Kreise von Aufgaben und Schwierigkeiten der Gewerkschaften und ihrer Führung.

## Korrespondenzen

yr. Bielefeld. Am 8. September fand in Bielefeld die dritte diesjährige Bezirksversammlung statt. Vorstehender Bericht brachte zur Kenntnis, daß der Krieg schon wieder drei Opfer von uns gefordert habe. Sehn Aufnahmegehende wurden in befrühendendem Sinn erledigt. Die Einführung der neuen Steuerungsulage sei erfreulicherweise glatt vonstatten gegangen. Bezirkskassierer W. Eking verwies auf den gedruckt aufgestellten Kassenbericht; es wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt. Das Hauptinteresse erforderte der nunmehr folgende Vortrag unfres Gauvorstehers Albrecht (Köln): „Die gewerbliche und organisierte Lage und unfre Aufgaben.“ Redner streifte im allgemeinen die Lage des Gewerbes bei Kriegsausbruch bis auf den heuligen Tag u. a. fanfliche und organisierte Fragen, unfre Lehrlinge und den Übergang zur Friedenswirtschaft. Mehr wie je sei die Einigkeit erforderlich, allen Vorkäufen die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden und eifriges Studium unfres fanflichen Gelehres und des „Korr.“ notwendig. Die technische Weiterbildung sei ein Haupterfordernis für jeden vorwärtsstrebenden Kollegen, ebenso die Pflege der Kollegialität und Disziplin. Nur dadurch sei es möglich, die Stellung zu beanspruchen, die uns gebühre. Seine Ausführungen wurden mit lebhaftem, wohlbedentem Beifall aufgenommen. Dem Antrage des Vorstandes gemäß, dessen Begründung der stellvertretende Vorstehende Alchner vornahm, wurden den Kriegserfahren und -wiktoren eine weitere Unterstützung zum 1. Oktober aus der Bezirkskaffe bewilligt.

Bremen. (Bezirksversammlung vom 8. September.) Es waren diesmal leider wieder zwei Kollegen, deren die Verammlung als Opfer des Krieges ehrend gedanken mußte. Am die Tätigkeit der technischen Vereinigungen wieder neu zu beleben und vor allen Dingen das kollegiale Leben wieder zu pflegen, trat der Vorstand mit einem ganz besonderen Antrag an die Verammlung heran: Es ist ein Austausch eingeleitet worden, der sich aus Vertretern des Vorstandes und der Sparten zusammensehlt. Dieser Austausch wird es sich zur Aufgabe machen, regelmäßige Zusammenkünfte zu veranstalten, in denen Vorträge fachtechnischen Inhalts stattfinden und die Pflege der Allgemeinbildung gefördert werden soll. Vor allen Dingen soll hierbei auch das kollegiale Leben wieder gepflegt werden, und zwar in der Weise, daß diesen Zusammenkünften der gemütliche Teil angeschlossen wird, wozu eventuell auch die Angehörigen der Kollegen eingeladen werden sollen. Auf diese Weise hofft der Vorstand gute Vorbereitung für die Tätigkeit der Sparten nach dem Kriege zu leisten, andererseits denkt er auch so die große Buchdruckerfamilie von einet wieder zusammenzuführen. Der Plan wurde von der Verammlung lebhaft begrüßt und genehmigt. Dank der guten Kassenverhältnisse konnte für die Kriegserfahren der Betrag von 20 Mk., der in zwei Raten zur Auszahlung gelangen soll, und zwar im September und Dezember, bewilligt werden. Der Geschäftsführer der heiligen Rechnungsfelle der „Volkskassiererg.“ hielt hierauf einen Vortrag über das Wirken und die Vorteile derselben. Zum Schluß gab es noch eine Ernährungsdebatte, in der wieder die ittemittlerliche Verhandlung der Buchdrucker seitens der Lebensmittelkommission konstatiert werden mußte. Der Vorstand wurde beauftragt, sich an diese zu wenden, damit in Zukunft wenigstens keine Abzüge von den hargen Rationen gemacht werden, wie das in den letzten Wochen vorgekommen ist.

Hamburg-Elbtona. (Mitgliederversammlung vom 26. August.) Nach der Ehrung der gestorbenen und gefallenen Kollegen machte der Vorstehende Runglor bekannt, daß die am 1. August fällige Steuerungsulage glatt

zur Einführung gelangte; in einer Reihe von Beiräten wurde sie schon vor dem 1. August gelehrt. Zu dem Antrag des Vorstandes, den Sozialisten für das dritte und vierte Quartal eine Beihilfe von je 20 Mk. zu gewähren, führte Runkler begründend aus, daß es in Würzburg nicht gelungen sei, die Generalversammlungsbefucher davon zu überzeugen, daß es notwendig wäre, die Invalidenunterstützung zu erhöhen. Der Gauvorstand sei nach zeitlicher Überlegung zur Stellung des vorliegenden Antrages gekommen. Nach längerer Diskussion wurde der Vorstandsantrag gegen eine Stimme angenommen. Aber die technische Weiterbildung der Kollegen für Runkler aus, daß schon in Friedenszeiten die Ausbildung der Bedrängte teilweise recht mangelhaft gewesen sei. Da jetzt in verschiedenen Buchdruckerien keine Gehilfen mehr beschäftigt würden, die Bedrängte sich also selbst überlassen blieben, sei dieser Abstand noch schlimmer geworden. Deshalb habe sich eine Kommission, bestehend aus den Vorstehenden der Parteien und einer Vertretung des Gauvorstandes, zusammengesunden, um die weitere Ausbildung der Kollegen in Zukunft zu organisieren, und zwar durch Kurse, Vorlesungen, Vorträge usw. Einen Teil der Kosten soll die Gaukasse übernehmen. In einer längeren Aussprache kam zum Ausdruck, daß sämtliche Redner mit dem Vorschlag des Vorstandes einverstanden waren. Den Kartellbericht erstatteten die Kollegen Pieczak und Reufcher, und zwar letzterer über die Verammlungen, in denen die Schlichtungsausschüsse und die Rudendorfsende behandelt wurden, letzterer über die Verammlungen, die sich mit den Ernährungsfragen befaßten.

**T. Krefeld.** Ganz plötzlich erreichte uns die betrübende Nachricht, daß Kollege Wilhelm Rave in Altenwald (Saar) einem Schlagflusse zum Opfer gefallen ist. Mit ihm ist wieder einer von unsern Mitgenossen, dessen Name mit der Geschichte unsres Orts- und Bezirksvereins unauflöslich verbunden ist. Der Verordnete kam Mitte der 80er Jahre nach Krefeld und hat bis zu seinem Weggang unter schwierigen Verhältnissen unermüdet für unsere Organisation in verschiedenen Ehrenämtern gearbeitet. Im Jahre 1901 wurde er Bezirksverwalter des Kreises II, welchen Posten er bis zum 1. April 1907 bekleidete. Um diesen Zeitpunkt verließ Rave Krefeld und zog mit seiner Familie nach Altenwald, wo ihn nimmehr der Tod so plötzlich überfallen hat. Den Alten wird er unvergessen bleiben, und der Krefelder Orts- und Bezirksverein wird sein Andenken auf immer in Ehren halten!

**Leipzig. Gauministerversammlung vom 6. September.** Unter „Reinigungsausschuss“ gab Kollege Engelbrecht u. a. folgendes bekannt: Mitgliedbestand gegenwärtig 258, davon 134 krank. Der Grippe mit ihren Folgeerscheinungen fielen mehrere Mitglieder nach kurzer Krankheitsdauer zum Opfer. Zu andern Berufen gingen sechs Mitglieder über; denselben wurde auf ihren Antrag die fernere Verbandszugehörigkeit gewährt. Die Einführung der ab 1. August in Kraft tretenden Steuerungsulage wolleb sich, abgesehen von zwei Einzelfällen, glatt. Diese Fälle haben bereits das Tarifschiedsgericht beschlichtet; dasselbe entschied in der einen Sache zugunsten des Gehilfen, in der andern Sache kam es mit Stimmengleichheit zu einer Ablehnung der Gehilfenforderung. Das Tarifamt wird nun als Berufungsinstanz noch zu entscheiden haben. Auch die in einzelnen Druckerien geübte Praxis, wonach für begründetes Stundenweises Fehlen in Geschäften nebst dem in Betracht kommenden Stundenlohn auch noch die Steuerungsulage in Abzug gebracht wird, führte zu einer Klage vor dem Tarifschiedsgericht. Die Gehilfenforderung wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt. Endgültige Entscheidung bleibt auch in dieser Sache dem Tarifamt überlassen. In ausführlicher Weise berichtete Kollege Engelbrecht noch über die Verhandlungen vor der heiligen Kriegsanstalt betreffend Steuerungsulagenregelung für die Leipziger Schriftsetzer. (Da bereits in Nr. 98 des „Korr.“ hierüber ausführlich berichtet wurde, ersieht sich eine Wiederholung der Darlegungen des Referenten.) Eine längere Debatte zeitigte die Mitteilung des Vorstehenden, wonach der Gauvorstand beschließen habe, den besonders dringlichen Fall eines sogenannten Überstundenjägers der Verammlung zur weiteren Beschlußfassung zu unterbreiten. Mit Entrüstung nahmen die Versammelten Kenntnis von dem Verhalten des betreffenden ledigen Kollegen, der trotz wiederholten Vorfalls des Gauvorstandes sein gewerkschaftswidriges Kreiben fortsetzte. Schließlich einigte man sich dahin, dem jungen Mann eine Sühne von 25 Mk. aufzuerlegen. Sollte er jedoch sein Verhalten fortsetzen oder die Sühne nicht erfüllen, wird eine Verammlung weiterer Beschluß in der Sache fassen. Hierauf hielt Kollege Nyan einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über den Entwurf eines Arbeitsamtesgesetzes.

**R. Biegenh. (Ortsverein.)** In der am 7. September abgehaltenen Monatsversammlung begrüßte Vorsitzender Scholz den aus fast dreißigjähriger russischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Kollegen Kaidinka. Darauf gab er bekannt, daß auch in sämtlichen Druckerien des Bezirkes die Steuerungsulagen fast glatt zur Einführung gelangt sind. Für Neumarkt seien die Ausnahmebestimmungen für ganz kleine Druckerie beantragt und zugelassen. Bei Auszahlung der ersten Steuerungsulage hat Herr S. Groda erklärt, daß er auch mehr gezahlt haben würde, wenn nicht die Konkurrenz ihm telephonisch den Beschluß des Tarifamts mitgeteilt hätte, das die Neumarkter Prinzipale mit 8 Mk. abgeschlossen. Das sah so aus, als ob Groda den entsprechenden Antrag nicht gestellt habe und dies von der andern Firma allein ausgeht. Auf Anfrage wurde jedoch den Kollegen der Weisheit, daß beide Prinzipale den Antrag gestellt und unterzeichnet hätten! Das Verhalten des Herrn Groda ist unverständlich, denn wenn er mehr Lohn zahlen will, kann und wird ihn nie-

mand daran hindern. Die Annahme der Firma Hansen (Wiesbaden) in die Kartellgemeinschaft führte eine kurze Aussprache herbei, woran der Vorsitzende den Wunsch äußerte, daß sie sich besser als früher ihrer Pflichten bewußt sein möge. Hierauf erstatteten die Kartelldelegierten die Berichte über die letzten beiden Sitzungen. Ein weiterer wichtiger Punkt waren die wiederholten Eingaben des Vorstandes wegen der Anerkennung der Handlöhner und Maschinenmeister als Schwerarbeiter und der Maschinenlöhner als Schwerarbeiter. Schon in Friedenszeiten sei ein großer Prozentsatz der Buchdrucker entweder lungenkrank oder als solche im Wiederzugeh zu. Ganz besonders wäre aber bei der jeztigen schlechten Ernährungsweise diese Gefahr vorhanden. In einer ganzen Reihe von Städten seien deshalb die Handlöhner und Drucker als Schwerarbeiter und die Maschinenlöhner als Schwerarbeiter anerkannt. Der Magistrat lehnte jedoch das wiederholte Gesuch ab, stellte aber in Aussicht, daß er denjenigen die Zulage geben würde, die körperlich heruntergekommen oder sonst krank und schwach seien, und bei denen die Gefahr der Bleierkrankung besonders groß wäre. Notwendig sei aber, daß sie durch einen beamteten oder Kassenaar untersucht lassen und dem Lebensmittellager eine Nachweisung über den Befund einreichen. Eine an den Regierungspräsidenten gerichtete Beschwerde lehnte dieser mit derselben Begründung ab und verwies auf die Möglichkeit der Erhaltung der Zulage durch die vom Magistrat gestellten Bedingungen der Untersuchung durch den Arzt. Der Vorstand wurde daraufhin bei der allgemeinen Ortskrankenkasse vorkestellt, ob diese die Kosten der Untersuchung tragen würde. Die Kasse lehnte dies ab. Darauf wurde abermals eine Eingabe an die Regierung gemacht, daß nur etwa 50 Personen in Betracht kämen und diese durchweg alte oder kranke Gehilfen seien. Die Regierung erklärte aber, an der Bedingung des Magistrats auf Untersuchung festzuhalten. Die Verammlung beschloß nun, von weiteren Eingaben abzusehen, erklärte aber auch, daß es unmöglich sei, bei den teuren Lebensverhältnissen noch die hohen Kosten für Ärzte aufzubringen. Es wurde der Wunsch laut, mit der Gewerkschaftsarbeiterschaft von Biegenh Mittel und Wege zu suchen, um die Ernährungsfrage besser zu gestalten. Eine rege Aussprache entspann sich nun über die Fortbildung der jüngeren Gehilfen und besonders der Setzerlehrlinge. Die Gefahr, die unsern Berufe nach dem Kreise droht, beleuchtete der Vorsitzende in freiflüchtigen Worten und empfahl der Ortsvereinsvereinigung, sich dieser in besonderen Kreisen anzunehmen. Beschlossen wurde, den Gauvorsteher für einen dementsprechenden Vortrag zu gewinnen. Es wurde auch der Wunsch laut, in Biegenh zur Gründung einer Fachschule zu schreiten. Die Verammlungen im Winterhalbjahre finden wieder Sonntags vormittags statt.

**F. Almburg a. d. R.** In der am 15. September abgehaltenen Ortsvereinsversammlung wurde bei Besprechung der Ernährungsangelegenheiten darauf hingewiesen; daß auch hier in der Kleinstadt die Lebensmittelversorgung an Mangelhaftigkeit der Großstadt nicht nachsteht und die 750 q wöchentliche Brotzulage die Kräfte der Gehilfenschaft bei dem sonstigen Mangel an allem zum Leben Notwendigen auch nicht allein aufrecht erhalten können. Der Schritt der Gewerkschaftsvorkämpferorganisation bei der Regierung wurde deshalb sehr begrüßt; es sei höchste Zeit, daß den maßgebenden Regierungsstellen die Notlage der Arbeiterschaft in dieser Weise geschildert wurde, damit endlich von dort eine gerechtere Verteilung der vorhandenen Lebensmittel herbeigeführt werde. Die heilige Fortbildungsschule, die in Fachzeitschriften (siehe „Korr.“ Nr. 90) sehr unlesbar von sich reden machte, gab zu einer längeren Aussprache Veranlassung. Aber eine Eingabe an den Magistrat der Stadt Almburg, die verlangt, daß die Ausbildung der Buchdruckerlehrlinge Sachkenntnis anvertraut werde, schweben sämtlicherseits die Erwägungen nach. Es ist jedoch gute Aussicht vorhanden, daß die Angelegenheit die von uns gewünschte Richtung findet. Eine lokale Angelegenheit fand als alte Erledigung, und konnte dann der Vorsitzende Schärer die recht lebhaft verlaufene Verammlung, der auch der Bezirksvorstehende Lippold aus Wiesbaden beiwohnte, schließen.

**Saarbrücken.** In aller Stille, so, wie er seit seinem Rücktritt vom Beruf in seinem Bergmannsdorf Altenwald, das ihm eine zweite Heimat geworden, gelebt, haben wir am 11. September Wilhelm Rave, den früheren Gehilfenkreiskorrespondenten des Kreises II, zu Grabe getragen. Die nächsten Verwandten und der Vorstand vom Bezirke Saarbrücken gaben ihm das Geleite zu seiner letzten Ruhestätte draußen am Buchenwalde. Während der Geleitrede dem Verbliebenen, der einem Herzschlag erlegen war — Rave war seit Anfang Juni leicht erkrankt —, einen letzten Sehspruch nachdachte, bisne der Himmel seine Schwestern und die alten Buchen rauschten gewaltig. Prächtige Kränze legten am Grabe nieder: der Gau Rheinlands-Westfalens, der Gau Mittelrhein sowie der Orts- und Bezirksverein Saarbrücken.

## o o o o Rundschau o o o o

**Von Buchdruckern im Kreise.** Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erblieben das Eiserne Kreuz: Wilhelm Küber (Anslam), Willi Purwin (Berlin), Emil Lindner (Welsch), Erich Aunert, Paul Reich, Otto Spanier und Robert Siffche (Breslau), Otto Wozniowski (Bromberg), Rudolf Prudenz (Wresden), Rudolf Sochaz (Söveln), Gustav Ohlschläger (Wien), Johann Dachen und Wilhelm Grofen (Krefeld), Max Gewald, Willi Kluge, Kurt Rüter und Karl Schreiber (Leipzig), Max Schloterke

(KreuzWien), Paul Imlauf (KreuzWien) und Robert Stahl (Wiesbaden). 6309 Verbandskollegen haben somit das Eiserne Kreuz erhalten.

**Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerarbeiter.** Die Firma Fr. Grob & Co. in Schwelm wurde als Bekleidungsbezug anerkannt; es erhalten die Gehilfen die Zulage als Schwerarbeiter.

**Nachnamenswerte Beihilfe.** Die Firma C. S. Schurz in Wülflingen a. d. Saar gewährte ihren Gehilfen und Angestellten bei fünfjähriger Hilfszeit einen vollen Monatslohn, bei zehnjähriger Betriebszugehörigkeit einen doppelten Monatslohn. Es kamen Beiträge bis zu 800 Mk. zur Auszahlung. Ferner begab die Firma an alle Gehilfen, Kassepersonal und Angestellte einen Zuschuß zur Einkletterung der Kasse, und zwar an Gebirge den Betrag für die Rationierung vom 1. Oktober bis 1. April und an solche mit eigenem Hausbau für dieselbe Zeit den doppelten Betrag. Im vorigen Jahre wurden nur die Beibrateten mit dieser Erleichterung des Durchhaltens bedacht. — Die Firma M. Gygard („Wülfelder Nachrichen“) in Wülfelder gewährte ihrem Gesamtpersonal noch einmal eine Erholungsurlaub, die je nach Geschäftszugehörigkeit und Kinderzahl bis zu 90 Mk. beträgt. — Buchdruckermeister Richard Galling (Buchdrucker Wilhelm R. Galling) in Berlin vollendete kürzlich sein 60. Lebensjahr und ließ aus diesem Anlaß seinem Personal ohne Ausnahme Geldgeschenke im Betrage von 20 bis 100 Mk., je nach der Geschäftszugehörigkeit, zukommen. Auch die Familien der im Felde stehenden Kollegen wurden bedacht.

**Opfer des Fliegerangriffs in Stuttgart.** Bei dem letzten Fliegerangriff auf Stuttgart wurde ein Privathaus durch eine englische Fliegerbombe vollständig zerstört, die Bewohner des Hauses unter den Trümmern desselben begraben. Aus Kollegenkreisen wird uns hierzu geschrieben, daß die Katastrophe außerordentlich betrübend für die Stuttgarter Kollegenliste ausgefallen ist insofern, als gleich fünf Familienangehörige eines jungen Maschinenmeisters, welcher zum Seeresistenten eingesetzt wurde und sich außerhalb Stuttgarts befindet, zu den Opfern des Unglücks (zwei Tote, eine Schwerverletzte und zwei Leichtverletzte) zu zählen sind.

**Steuerungsulagen der Krefelder Hilfsarbeiter.** Durch Geschäftseinheit und unter der Leitung zweier Vorstandsmittelalter unseres dortigen Bezirksvereins erzielten die Hilfsarbeiter in Krefeld einen nennenswerten gewerkschaftlichen Erfolg. Für die Hilfsarbeiterinnen über 16 Jahre steht Krefeld in dem jetzt Erreichten an erster Stelle. Auf die bisherigen Löhne sowie die Steuerungsulagen, die 11 Mk. für männliche und 7 Mk. für weibliche Hilfsarbeiter betragen, sind wöchentlich zu zahlen; den männlichen verbalrateten Hilfsarbeitern ab 1. August 1918 9 Mk., ab 1. Dezember 1918 12 Mk., den männlichen ledigen Hilfsarbeitern 7 bzw. 10 Mk., den Eingetragenen und Hilfsarbeiterinnen über 16 Jahre; somit diese über ein Jahr im Berufe tätig sind, 8 bzw. 12 Mk., den lernenden Eingetragenen und Hilfsarbeiterinnen über 16 Jahre, die unter einem Jahr im Berufe tätig sind, 4 bzw. 7 Mk. Nach Ablauf des Dreijährigen oder der einjährigen Berufszeit, je nachdem in die Zeit vom 1. August 1918 bis 1. Dezember 1918 fällt, erhöht sich dann die Steuerungsulage auf 8 bzw. 12 Mk., für jugendliche Eingetragene und Hilfsarbeiterinnen unter 16 Jahre ab 1. August 7 Mk., ab 1. Dezember 8 Mk. Bei Überstunden werden auf den Grundlohn 60 Proz. gelegt und aus dieser Gesamtsumme der Stundenlohn ermittelt, auf den die Aufschläge nach dem Tarif vom 1. Januar 1912 zu zahlen sind.

**Zur Wohnbewegung der Berliner Lithographen und Steinbrücker.** Die Maschinenbrücker, Handpressenbrücker und Lithographen Berlins hatten im Juni d. J. den in Betracht kommenden Firmen Forderungen auf Erhöhung aller bisherigen Löhne übermiltelt und den Wunsch ausgesprochen, daß die Löhne der Lithographen und Handpressenbrücker unter 65 Mk., der Flachdruckmaschinenmeister unter 70 Mk., der Rotationsmaschinenmeister unter 75 Mk. und der Offsetmaschinenmeister unter 80 Mk. wesentlich erhöht werden mögen, um die schwierige wirtschaftliche Lage der Gehilfen mit niedrigen Löhnen etwas zu beheben. Als Resultat dieser Wohnbewegung ist nun zu berichten, daß 456 Gehilfen insgesamt eine wöchentliche Zulage von 2841,50 Mk. erreicht haben, und zwar 336 Steinbrücker 2119 Mk. oder pro Kopf 6,30 Mk. und 120 Lithographen 721,50 Mk. oder pro Kopf 6,02 Mk. wöchentlich. Im einzelnen schwanken die Zulagen von 2 bis 10 Mk. wöchentlich bei den Lithographen und 1,50 bis 15,50 Mk. bei den Steinbrückern; mit 28 Gehilfen zu 10 Mk. ist bei den Lithographen und mit 69 zu ebenfalls 10 Mk. bei den Steinbrückern die Höchstpersonenzahl erreicht.

**Subskribenten der Reklamischen Universalbibliothek.** Die bekannte Firma Philipp Reclam jun. in Leipzig verankaltet aus Anlaß des Erscheinens der Nr. 6000 ihrer Universalbibliothek am 4. Oktober für ihre Angestellten eine Vorlesung im Alten Theater. Zur Ausführung gelangt Schillers „Kabale und Liebe“.

**Verammlung von Militärformulardruckern.** Unter Leitung des Deutschen Buchdruckervereins fand am 5. September in Leipzig eine Verammlung von Druckerereisen statt, welche hiezuil Militärformulardruckern herstellten und in regelmäßigen Besprechungen zu deutschen Beeresstellen stehen. Die führenden Druckerereiten auf diesem Gebiet aus fast allen Teilen Deutschlands waren vertreten. In dieser Verammlung wurde zum Ausdruck gebracht, wie schwierig die Militärdruckereien nicht nur unter dem Wettbewerb zu stehen hätten, sondern von den militärischen Stellen geradezu unverständlich in den Pressen geduldet würden.

Es wurde zur Sprache gebracht, daß sogar das Kriegs-  
ministerium den Zeitungszuschlag von 10 Proz. verweigert habe, obgleich die betreffenden Aufträge schon aus  
der Zeit vor November 1917 herkommen und größtenteils  
auf Veranlassung der betreffenden Militärstellen bis  
heute nicht abgenommen sind. Der Uneinigkeit unter den  
Buchdruckern, dem Weib auf die Aufträge des andern,  
der mangelnden Fähigkeit zum Rechnen und dem Mangel  
an Selbstbewußtsein sowie mangelnder kaufmännischer Ver-  
anlassung wurden diese Verhältnisse zugeschrieben. Schließlich  
wurde eine Kommission gebildet, welche die Aufträge vor-  
bereiten und durch einen Vertreter in Berlin mit den  
maßgebenden Stellen in Verhandlungen eintreten soll.  
Auf diese Weise sollen die entsprechenden Zeitungszuschläge  
erreicht, weitere Verschlechterungen hinfänglich sein und  
eine Besserung der Verhältnisse der Druckereien angestrebt werden.

**Verleuerung des Neumetalls.** Das Schwammmetall,  
das bisher mit 111,90 Mk. bezahlt wurde, kostet nunmehr  
135 Mk., das Stereotypmetall, bisher 115,50 Mk., jetzt  
145 Mk., das Schriftmetall bisher 132 Mk., jetzt  
250 Mk. für je 100 kg. Das stellt eine bedeutende Verleue-  
rung dar, im letztgenannten Fall ist sie sogar enorm.

**Außgaben der „Mittler Kriegszeitung“.** Mit Ende  
September geht die verbreitetste der Feldzeitungen ein.  
Kaufmann Soeder, der diesem Unternehmen nicht zuletzt  
durch die Verlagswerke der „Mittler Kriegszeitung“ zu  
Bedeutung und Ansehen verholfen hat, übernimmt die  
Leitung von Helbig & Kallings „Monatsheften“. Es  
erscheinen vor Tagesabschluss noch drei Bücher, zum Teil  
illustriert, auch farbig. Bis zu 25 Bänden hat es dann  
die Rührigkeit von Paul Oskar Soeder, eines Schrift-  
stellers mit gutem Namen, und seiner Mitarbeiter gebracht,  
deren Leistungen auch wir anerkennen haben, obwohl man  
über den zunehmenden Papierverbrauch vom Standpunkte  
der ausgleichenden Gerechtigkeit eine andere Meinung haben  
kann.

**Zeitungszuschlagsbewegung im Holzgewerbe.** Ver-  
handlungen zwischen den beiderseitigen Organisationen  
hatten zum Ergebnis, daß den Arbeitern über 18 Jahre  
eine neue Zulage von 10 bis 15 Pf. ab 19. August und  
weitere 10 Pf. ab 1. Dezember zu zahlen sind, während  
die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren  
10 bis 12 Pf. Zulage an beiden Terminen erhalten sollen.  
Diese Zugeständnisse entsprechen nicht den Wünschen der  
Holzarbeiter. Eine Aussprache auf der Vertreterkonferenz,  
welcher die Entschuldig über Annahme oder Ablehnung  
der Abmachungen überlassen worden war, und die am  
2. September in Berlin stattfand, leitete den schärften  
Unwillen über das geringe Entgegenkommen der Prin-  
cipale. Die Vereinbarung wurde jedoch schließlich mit 61  
gegen 30 Stimmen sanktioniert. Dem Verbandsvorstande  
wird aber verlangt, er solle mit den Arbeitgebern wegen  
der Abänderung bestimmter Punkte nochmals in Ver-  
bindung treten.

**Anerkennung der Arbeitervertreter.** Wie wir der  
„Mittlerer Post“ entnehmen, hat der „Bericht der chemi-  
schen Industrie“ eine Revision seiner Anschauungen in-  
sofern vorgenommen, als er sich bereit erklärt hat, in Zu-  
kunft die Gewerkschaftslehrtätige als berufene Vertreter  
der organisierten Arbeiterschaft anzuerkennen und den  
Organisationsbestrebungen der Arbeiterschaft keinerlei  
Schwierigkeiten mehr entgegenzusetzen. Bei welcher Ge-

legenheit der Unternehmerverband sich zu diesem ver-  
änderten Arbeitsverhältnissen durchgerungen hat, wird  
in der betreffenden Notiz nicht gesagt. Wir registrieren  
die Tatsache aber, trotzdem es lange genug gedauert hat,  
ehe sich diese Herren die Überzeugung haben aufdrängen  
lassen, daß ohne die Gewerkschaften und im besondern  
ohne die gewaltige Arbeit der Gewerkschaftsführer die  
wirtschaftlichen Verhältnisse längst Schiffbruch gelitten hätten.

**Erhöhte Postgebühren.** Das neue Gesetz über die  
Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren, welches  
am 1. Oktober in Kraft tritt, bringt wiederum eine wesent-  
liche Verteuerung unseres gesamten Brief-, Paket- und Tele-  
grammverkehrs mit sich. Danach beträgt das Porto für  
Briefe im Ortsverkehr 10 Pf. (über 20-250 g 15 Pf.),  
im Fernverkehr 15 Pf. (über 20-250 g 25 Pf.); Post-  
karten im Ortsverkehr 7 1/2 Pf., im Fernverkehr 10 Pf.;  
Drucksachen bis 50 g 5 Pf., 50-100 g 7 1/2 Pf., 100 bis  
250 g 15 Pf., 250-500 g 25 Pf., 500 g bis 1 kg  
35 Pf. Bei Geschäftspapieren, Mitsendungen und Waren-  
proben über 100 g tritt auf den bisher geltenden Porto-  
schätz ein Zuschlag von 5 Pf. für jede Sendung, während  
die Gebühr für Warenproben unter 100 g mit 10 Pf. be-  
stehen bleibt. Geschäftspapier und Mitsendungen im  
Gewichte bis 250 g werden also 15 Pf. kosten, dasselbe  
auch Warenproben über 100-250 g. Bei Paketen bis  
5 kg wird auf Entfernungen bis 75 km statt des seit dem  
1. August 1916 bestehenden Zuschlages von 5 Pf. ein solcher  
von 15 Pf., bei allen weiteren Entfernungen statt des Zu-  
schlages von 10 Pf. ein solcher von 25 Pf. erhoben. Es  
kosten also Pakete bis 75 km Entfernung künftig 40 Pf.  
(bisher 30 Pf.), bei weiterer Entfernung 75 Pf. (bisher  
60 Pf.). Bei Paketen über 5 kg erhöhen sich die bis-  
herigen Zuschläge von 10 bzw. 20 Pf. auf 30 bzw. 50 Pf.  
Die bisherige Zuschläge bleiben bestehen bei Briefen mit  
Wertangabe. Diese kosten also bis 75 km künftig 25 Pf.,  
bei weiterer Entfernung 50 Pf. Vorkaufstragsbriefe kosten  
für alle Entfernungen 35 Pf., Rohpostbriefe 35 Pf., Roh-  
postkarten 30 Pf. Auf die bisher zuschlagsfreien Post-  
anweisungen entfällt künftig eine Reichsabgabe, und zwar  
auf solche bis 100 Mk. in Höhe von 5 Pf., darüber in  
Höhe von 10 Pf. Postanweisungen bis 5 Mk. werden  
also künftig 15 Pf., solche bis 100 Pf. 25 Pf., solche bis  
200 Mk. 40 Pf. usw. kosten. Für Telegramme wird der  
bereits bestehende Zuschlag von 2 Pf. auf 3 Pf. für das  
Wort erhöht, so daß die Wortgebühr künftig 8 Pf. be-  
trägt; für die Fernsprechanschlüsse und Nebenanschlüsse  
sowie für die Orts- und Ferngespräche wird die bisherige  
Reichsabgabe von 10 auf 20 Proz. erhöht. Von der  
Reichsabgabe bleiben die Feldpostsendungen frei, die bis-  
her bereits Porziogünstigungen genossen sowie Aus-  
landsleistungen, soweit Verträge mit andern Staaten ent-  
gegenstehen. Zugunsten der Verwendung von Zeitungen  
und Zeitchriften durch Verleger sowie der als Drucksache  
zur Verwendung gelangenden Pressekorrespondenzen der Nach-  
richtenbüreaus sind bestimmte Ausnahmen von der Porto-  
und Telegrammerrhöhung getroffen. Auch sind die Postkarte-  
gramme vor der neuen Reichsabgabe befreit. Mit dem In-  
krafttreten dieser neuen Bestimmungen kommen auch  
Briefmarken zu 2 Pf. zur Ausgabe. Die Verwendung der-  
selben, die noch aus früheren Jahren in genügender Menge  
vorhanden sind, zu welcher sie im Orts- und Nachbarort-  
verkehr für Drucksachen und Postkarten bestimmt waren,  
ist aber nur vorübergehend. Diese Marken sind nämlich

dazu bestimmt, die 3 Pf.-Drucksachen mit der Reichsabgabe  
zu ergänzen. Insbesondere gilt dies für gestempelte Streif-  
bänder und Karten. Die Marke ist hellgrau, ebenso wie  
die jetzige 2 1/2 Pf.-Marke.

### Verschiedene Eingänge.

**Typographische Mitteilungen.** Das neueste Organ des Ver-  
bandes der Deutschen Typographenvereine, Zeit 9. Ein  
erster Artikel dieses Heftes wird die Arbeit der Verbandskongresse  
in Leipzig einer Würdigung und eingehenden Besprechung unter-  
zogen. Ferner wird in dem Septemberheft u. a. ein sehr inter-  
essanter und lehrreicher Artikel aus der „Zeitschrift für Bücher-  
freunde“, der den Direktor der Königl. Akademie für graphische  
Künste in Leipzig, Herrn Geh. Hofrat Prof. Seliger, zum Verfasser  
hat, zum Teil abgedruckt; dieser Artikel ist eine Antwort auf den  
Brief eines Gymnasialprofessors, der den Prof. Seliger auf Abhän-  
gigkeit bei der Anfertigung von Druckwerken aufmerksam zu machen  
für notwendig erachtete. Durch Entgegenkommen einiger Gelehrten  
ist es gelungen, einige Meinungen zu bieten, aus welchen zu ersehen  
ist, wie mit einem kleinen Mitteln wirklich geistreich Gedrucktes her-  
gestellt werden können. Bei Zustellung unser Streifenband durch  
die Geschäftsstelle, Leipzig, Salomonstraße 8, vierfährlich 1,50 Mk.,  
Einzelheft 65 Pf., Doppelheft 1 Mk. Der Postbezugspreis beträgt  
für das Vierteljahr 1,20 Mk.

**Geldjahr 1917 des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutsch-  
lands.** Herausgegeben vom Vorstand. Mit Handschrift gedruckt.  
Kannover 1918. Verlag: Vorstand des Verbandes der Fabrik-  
arbeiter Deutschlands.

### Briefschaften.

**H. S. in S.:** 1. Danken für doch so prompte Bezahlung. Man  
wird aber erst nach das neue Vierteljahr abgezinst werden müssen.  
dann aber Luft mit dem Raume. 2. Sonst Brauerweise. — **H. A.**  
in Br.: Unberechtigter Hochdruck macht die eingeräumte ge-  
legentliche Rückmeldung willkommen. — **S. S. in W.:** Kam mit  
einem Male von verschiedenen Seiten geschickt; sehr Dank. — **H. C.**  
in G.: Gefandtes dankend erbalten. — **P. A. in S.:** 1. Viel-  
leicht läßt sich der wahre Sachverhalt doch noch ermitteln; auf jeden  
Fall war es so geschehen. 2. Ja, Anzüge demnach. — **H. S. in**  
**K.:** Alles mit Interesse zur Kenntnis genommen. Die bezugte An-  
gelegenheit zum Bisherigen gehört. Verammlung könnte doch ein-  
mal ein Wort darüber reden. — **H. S. in M.:** Gehalten den Sozial-  
demokrat nicht; nach den mitgeteilten Stichproben wird heillos  
Zeug über den Fort. verbrochen sein. — **H. S. in G.:** Diese Mei-  
nung eines ledigen Faktors ist folienmäßig kernig, da werden  
wir wohl etwas polieren müssen. — **S. C. in G.:** Was stimmt ja  
schon in der Voraussetzung nicht! Sie konnten das gar nicht be-  
antworten und die dortige Mitleidlichkeit auch nicht. Was das Statut  
belagt, gilt. Poltemik also ganz unzulässig. — **H. Z.:** Bereitete auf-  
richtige Freude, die nur Erlaubnis erfuhr durch die Wahrnehmung,  
daß dem Herrn Wittenberger doch die ursprünglichen drei Abendgänge  
angelegenheit zum Bisherigen gehört. Verammlung könnte doch ein-  
mal ein Wort darüber reden. — **H. S. in G.:** Gehalten den Sozial-  
demokrat nicht; nach den mitgeteilten Stichproben wird heillos  
Zeug über den Fort. verbrochen sein. — **H. S. in G.:** Diese Mei-  
nung eines ledigen Faktors ist folienmäßig kernig, da werden  
wir wohl etwas polieren müssen. — **S. C. in G.:** Was stimmt ja  
schon in der Voraussetzung nicht! Sie konnten das gar nicht be-  
antworten und die dortige Mitleidlichkeit auch nicht. Was das Statut  
belagt, gilt. Poltemik also ganz unzulässig. — **H. Z.:** Bereitete auf-  
richtige Freude, die nur Erlaubnis erfuhr durch die Wahrnehmung,  
daß dem Herrn Wittenberger doch die ursprünglichen drei Abendgänge  
angelegenheit zum Bisherigen gehört. Verammlung könnte doch ein-  
mal ein Wort darüber reden.

### Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissostraße 5 II.  
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

**Gau Oder.** Wir bitten die Herren Bezirks- und  
Ortskollaren, zum 1. Oktober den Meßzuzschuß von  
6 Mk. genau unter denselben Bedingungen wie bisher  
auszuschieben.

### Verammlungskalender.

**Breslau.** Bezirksversammlung Sonntag, den 29. September,  
vormittags 11 Uhr, im „Hohenzollernpark“, Friedrichs- 10 I.  
**Offen.** Malchenieker Bezirksversammlung Sonntag,  
den 29. September, vormittags 10 Uhr, im Restaurant „Zum  
Gutenberg“ in Offen, Müllersringstraße 86.

**Anzeigenmessen**  
In dauernde Vertrauensstellung gesucht.  
Antritt sofort oder nach Vereinbarung.  
Für Herren mit Dispositionsgabe wollen  
ausführliche Angebote mit Zeugnis-  
abschriften usw. einreichen.  
"Buchdruckerei",  
Berlin SW 68.

**Schriftsetzer**  
für Akzidenz-, Zeitschriften- und Set-  
zungsarbeiten  
G. Weiskes Buchdruckerei,  
Brandenburg (Havel).

**Schriftsetzer**  
sofort für dauernd gesucht.  
Börcke & Wegling, Ettellin.

**Handsetzer**  
für Setzungsarbeiten zu baldigem Eintritt  
ge sucht.  
„Reißische Landeszeitung“,  
Mardburg (Rahn).

**Tüchtige Werksetzer**  
finden für das Berechnen sofort bei uns  
Stellung.  
Pfefferische Hofbuchdruckerei,  
Altenburg (S.-M.).

**Zwei Sezer**  
für Anzeigen und Akzidenzen sowie ein  
**Sezer Stereotypen**  
für Größ- und Rundstereotypen zu sofort  
oder doch möglichst bald gesucht.  
Katholischer Zeitungsdruckerei,  
H. S. Wenzelbach, Rathenow.

**Akzidenzsetzer**  
gesucht.  
Anton Deutsche Verlagsgesellschaft,  
Eintragsort.

**Einzel- und drei Akzidenzsetzer** [152]  
**Anzeigensetzer** [154]  
sucht sofort  
„Leipziger Abendzeitung“,  
Leipzig, Windmühlenstraße 39.

**Werk- und Akzidenzsetzer**  
**Maschinenmeister**  
**Monotypiegest**  
**Stereotypen- und**  
**Galvanoplastiker**  
eventuell Kriegsbeschädigte, sofort gesucht.  
Epamerische Buchdruckerei, Leipzig.

**Inverhöflicher Linotypsetzer**  
zu baldigem Eintritt gesucht.  
„Reißische Landeszeitung“,  
Mardburg (Rahn).

**Tüchtige, millitärfreie Linotypsetzer**  
sucht  
Buchdruckerei Rudolf Wölle,  
Berlin SW 19, Ferialemer Straße 46/49.

**Tüchtiger Maschinenmeister**  
für Werkverkauf gesucht. Angebote mit  
Gehaltsansprüchen erbitten.  
Pfefferische Hofbuchdruckerei,  
Altenburg (S.-M.).

**Tüchtiger Buchdruckmaschinenmeister**  
möglichst mit Zweifelhaupt-Anlage, mit Ro-  
tary oder Universal-Anlage vertraut, in  
dauernde Stellung gesucht. Angebote  
erbitten.  
G. Sandlach, A.-G., Bielefeld.

**Maschinenmeister**  
möglichst mit Rotary-Anlageapparat ver-  
traut, tüchtige, zuverlässige Kraft, für  
dauernd gesucht. [140]  
Buchdruckerei Ed. Blag, Düsselhof.

**Tüchtiger Maschinenmeister**  
in dauernde Stellung gesucht. Gelegen-  
heit zur Ausbildung an der Frankfur-  
ter schäftigen Rotationsmaschine.  
Angebote mit Gehaltsansprüchen an  
Kochische Buchdruckerei,  
Reisfeld (S.-M.).

**Tüchtigen Maschinenmeister**  
suchen  
Kallberg & Böhling [158]  
Leipzig, Lüdemweg 23.

**Maschinenmeister**  
millitärfrei, mit allen Druckarten und  
Spezialmaschinen mit Anlageapparaten  
vertraut, gesucht. Offerten mit Zeugnis-  
abschriften, Lohn- und Altersangabe an  
„Norddeutsche Zeitung“,  
München.

**Maschinenmeister**  
sucht Ang. Preis, Leipzig, Brüderstr. 59.

**Buchdruckmaschinenmeister**  
in Dauerstellung gesucht. [147]  
Tüchtiger Kaufmann, Gera-Altenburg (Reuß).

**Monotypiegest**  
sofort gesucht. [153]  
Weggen & Wittig, Leipzig, Sobotestraße.

**Schweizerdegen**  
32 Jahre alt, millitärfrei, sucht Stellung.  
G. Bahner, [138]  
Obernstadt (Oberfranken).

**Stellenmit** mit sämtlichen Einzell, 30 Pf.  
E. Weg, Leipzig, Mühlstr. 30

**Buchdruckmaschinenmeisterklub**  
**Ludwigshafen-Mannheim**  
Sonntag, 28. September, abends  
8 Uhr, im Vereinslokale „Reinholdgasse“  
in Mannheim: [151]

**Monatsversammlung**  
Wichtige Tagesordnung. Das Er-  
scheinen aller Kollegen dringend not-  
wendig.  
Der Vorstand.

**Jeder Buchdrucker**  
repar. i. Schuhe, Lederarbeiten,  
Geschirren u. dgl. selbst mit der  
„Mahlöle Einzige“  
Die Mühle n. d. M. (Eppich) n. d. M.  
Maschine, Geb. i. eign. Schuber  
u. Saffian. Für spart Zeit, Geld  
u. Verdruß. Nicht mehr in den  
Nachahm. j. verwech. Preis  
m. 3 versch. Nadeln u. Garn  
4,50 Mk., 2 St. 4,50 Mk., 4 St.  
16 Mk. umf. Nachg. Porto u.  
Versp. frei. Uns Geld nur geg.  
Voreinfindung des Betrags.  
Georg Böh, Verbandsausst.,  
Straßburg l. E. 1946  
Saugemünder Straße 164.

**Die Verbandsausstellung** in Altuna, am  
10. und 11. September. [146]  
Neben in Ostpreußen - Meiser Mühlstein-  
Mit Prof. Dr. [146]  
Kreuzer. Einmalige Ausstellung [146]  
von der Jahres- [146]  
Preis 2 St. 15 Pf., [146]  
3 St. 20 Pf., [146]  
4 St. 25 Pf., [146]  
5 St. 30 Pf., [146]

**Am 20. September verstarb**  
unser lieber Kollege, der Drucker  
**Willi Bock**  
aus Altuna, im 27. Lebensjahre.  
Ein ehrendes Andenken be-  
wahrt ihm.  
Der Buchdruckerverein  
in Hamburg-Altona.

Sierdurch die traurige Nach-  
richt, daß unser langjähriger  
Kollege, der Korrektor [149]  
**Christian Röwer**  
nach kurzem, schwerem Leiden  
im Alter von 57 Jahren ver-  
storben ist.  
Ein ehrendes Andenken bleibt  
ihm für alle Zeiten bewahrt.  
Die Kollegen der  
Hamburger Buchdruckerei und  
Verlagsanstalt Inzer & No.,  
Hamburg.

Nach vierjährigem freien Aus-  
scheiden sind durch Kopfschuh unser  
lieber Seligerkollege [148]  
**Felix Giesing**  
sein entgegenkommendes We-  
sen fidert ihm ein gutes An-  
denken.  
Die Kollegen der Firma  
Gebauer-Schwefelke,  
Selle a. d. E.

Wiederum haben wir den Ver-  
lust eines lieben Kollegen zu be-  
klagen. Am 3. September starb  
den Selbstent der Sezer  
**Mois Ruchi**  
Wir werden dem strebsamen,  
braven Kollegen ein ehrendes  
Andenken bewahren.  
Ortsverein Sanzlaw,  
Graphische Vereinigung,  
Gefangenen, „Gutenbergs“.